



Robuste Kampfbrigade Bundeswehr baut Präsenz in Litauen deutlich aus

von Martin Kirsch

Verteidigungsministerin Christine Lambrecht und der litauische Verteidigungsminister Arvydas Anusauskas auf einer Einsatzreise zur Enhanced Forward Presence in Rukla/Litauen am 22.02.2022.. Quelle: Bundeswehr/Jörg Volland

Deutschland baut seine Präsenz im Baltikum weiter aus. Bei einem Besuch in Litauen verkündete Kanzler Scholz die dortige Battlegroup unter Führung der Bundeswehr zu einer "robusten Kampfbrigade" ausbauen zu wollen. Diese Ankündigung könnte der Startschuss für die Aufstockung der NATO-Truppen in allen drei baltischen Staaten und in Polen sein. Welche Auswirkungen die zusätzliche Stationierung von NATO-Truppen für den Fortbestand der NATO-Russland Grundakte von 1997 hat, ist innerhalb des Bündnisses umstritten.

Battlegroup seit fünf Jahren

Am 14. Februar 2022, nur fünf Tage vor Beginn des russischen Angriffs auf die Ukraine, hielt sich der deutsche [General von Sandrat](#), Kommandeur des Multinationalen Korps Nordost im polnischen Stettin, dem die vier NATO-Battlegroups im Baltikum und in Polen unterstellt sind, für einen Besuch in Litauen auf. Anlass war das fünfjährige Bestehen der dortigen NATO-Battlegroup.

Die Entscheidung zur Stationierung von NATO-Kampfverbänden mit je rund 1.000 Soldat*innen in den drei baltischen Staaten und Polen war auf dem NATO-Gipfel 2016 in Warschau gefallen. Während die Bundeswehr seit Anfang 2017 die NATO-Truppen in Litauen führt, haben die USA, Kanada und Großbritannien das Kommando über die Battlegroups in Polen, Lettland und Estland übernommen.

Die Battlegroup im litauischen Rukla, gelegen zwischen der russischen Exklave Kaliningrad und der belarussischen Grenze, soll laut NATO als Stolperdraht fungieren – Russland also von einem Angriff abschrecken, weil somit sofort auch weitere NATO-Staaten involviert wären. In Russland hingegen wurde die Präsenz der NATO von Beginn an als offensiver Akt interpretiert.

Im vergangenen Sommer hatten die deutschen Soldaten in Litauen durch eine Party auf sich aufmerksam gemacht, bei der körperliche Gewalt, entwürdigende Rituale, das Singen von antisemitischen Liedern und das Rufen von rassistischen und antisemitischen Parolen sowie das Leugnen des Holocaust

anscheinend zum guten Ton gehörten. Damals wurde ein gesamter Panzergrenadierzug aus Litauen abgezogen. Am 9. Februar 2022 eröffnete die [Staatsanwaltschaft Lüneburg](#) Verfahren gegen drei Soldaten wegen Volksverhetzung und der Unterdrückung von Beschwerden.

Mehr NATO

Auf der Münchner Sicherheitskonferenz am 19. Februar 2022 gab NATO-Generalsekretär [Jens Stoltenberg](#) bereits fünf Tage vor Kriegsbeginn die Linie für die kommenden Wochen und Monate vor: „Wenn das Ziel des Kremls ist, weniger NATO an seinen Grenzen zu haben, wird es nur mehr NATO bekommen“, ließ Stoltenberg alle Welt wissen. Zu diesem Zeitpunkt hatten Deutschland und Großbritannien bereits begonnen ihre Kontingente in Litauen und Estland aufzustocken. Die Battlegroup in Litauen ist seit Februar von zuvor knapp 1.100 auf gut 1.600 Soldat*innen angewachsen. Rund 1.000 Soldat*innen kommen von der Bundeswehr.

Die USA verlegten bereits vor Kriegsbeginn Truppen nach Polen, in die Slowakei, nach Ungarn, Rumänien und Bulgarien. Auf einem außerplanmäßigen [NATO-Gipfel am 24. März 2022](#) in Brüssel wurde diese Präsenz im Südosten im NATO-Rahmen formalisiert. Nach dem Vorbild aus dem Nordosten werden seit Ende März auch in den vier südöstlichen Staaten der NATO-Ostflanke neue Battlegroups eingerichtet. Unter tschechischer Führung ist die Bundeswehr in der Slowakei mit einer Kampfkompanie und Flugabwehrraketensystemen des Typs Patriot beteiligt.

Nicht erst seit diesem Jahr wird darüber debattiert, die Truppen im Baltikum von einem Bataillon (rund 1.000) auf eine Brigade (bis zu 5.000) aufzustocken. Am 9. Februar 2022 forderte der [litauische Präsident](#) Gitanas Nausėd öffentlich die permanente Stationierung von US-Truppen in Litauen. Damit wäre die deutsche Führungsrolle dort faktisch ausgehebelt worden. Bereits während eines Besuches in Vilnius im April hatte [Außenministerin Baerbock](#) daher einen „substanziellen Beitrag“ zur verstärkten Verteidigung der baltischen Staaten angekündigt.

Scholz verspricht Kampfbrigade

Am 7. Juni 2022 besuchte auch Bundeskanzler [Scholz Litauen](#). In seinen Statements dort setzte er auf ein Signal der Stärke. Durch die Investitionen des 100 Milliarden Sondervermögens werde die Bundeswehr zur „mit Abstand größten konventionellen NATO-Armee Europas“. Wofür diese neue Stärke eingesetzt werden soll, machte Scholz auch gegenüber den drei anwesenden baltischen Staatsspitzen klar: „Als Verbündete werden wir jeden Zentimeter des NATO-Gebietes verteidigen.“

Konkret bedeutet das für Scholz, die Battlegroup in Litauen zu einer „robusten Kampfbrigade“ weiterzuentwickeln.

Bisher ist nur bestätigt, dass die Bundeswehr ein vorgeschobenes Brigadekommando nach Litauen entsenden wird. Woher die 3.000 bis 5.000 Truppen einer Brigade kommen und wo sie stationiert sein werden, ist noch offen. Das [Redaktionsnetzwerk Deutschland](#) beruft sich auf Quellen aus Regierungskreisen, die berichten, dass die Bundeswehr 3.000 Soldat*innen bereitstellen will, von denen allerdings nur 1.500 in Litauen stationiert werden sollen. Der Rest könnte, wie bereits die Aufstockung der Battlegroup im Februar 2022 bei einer Alarmierung aus Deutschland nachrücken. Zudem ist davon auszugehen, dass auch Partnerstaaten wie Norwegen, die Niederlande und weitere mehr Truppen entsenden.

Darüber hinaus könnte auch ein rund 500 Soldat*innen umfassendes [Kontingent der US-Armee](#) in die Brigade eingebunden werden. Seit 2019 befindet sich im Rahmen der US-Mission Atlantic Resolve regelmäßig eine gepanzertes US-Bataillon in Litauen. Alles in allem würde die Brigade mit Reservekräften dann über 4.000 Soldat*innen umfassen.

Startschuss für weitere NATO-Brigaden

Scholz Ankündigung der Schaffung einer NATO-Brigade in Litauen dürfte erst der Anfang sein. Mitte Mai 2022 hatten die Regierungen der [drei baltischen Staaten](#) deutliche Forderungen nach mehr NATO-Truppen in ihren Ländern an das Bündnis gestellt. Der formale Beschluss zur Aufstockung der Battlegroups im Nordosten dürfte Ende Juni auf dem NATO-Gipfel in Madrid fallen. Dann dürfte auch eine Namensänderung ins Haus stehen. Die enhanced Forward Presence (eFP/ verstärkte vorgeschobene Präsenz) soll eine intensified Forward Presence (iFP/ intensivierte vorgeschobene Präsenz) werden.

In Polen wäre dieser Schritt mit einem reinen Etikettenwechsel möglich. Im Rahmen der US-Mission Atlantic Resolve befindet sich dort neben der US-geführten NATO-Battlegroup bereits [seit 2017](#) ein rotierendes Kontingent in der Größe einer reduzierten Panzerbrigade samt Unterstützungskräften. Gemeinsam mit kleinen Kontingenten aus Großbritannien, Rumänien und Polen wäre die dortige NATO-Brigade bei einem entsprechenden Beschluss des Bündnisses also bereits vor Ort.

In Estland hat Großbritannien sein Kontingent seit Februar 2022 bereits verdoppelt. Mit einer zusätzlichen rotierenden Stationierung von britischen Truppen in der ehemaligen Garnison Paderborn in Nordrhein-Westfalen könnten auch dort Reservekräfte, ähnlich denen der Bundeswehr vorgehalten werden. Die britische Verstärkung der Truppen in Estland im Februar 2022 war bereits vom dortigen Truppenübungsplatz [Sennelager](#) auf dem Landweg ins Baltikum aufgebrochen.

Ein ähnliches Bild zeichnet sich in Lettland ab. Sowohl die Führungsnation [Kanada](#) als auch [Spanien](#) haben ihre dortigen Kontingente bereits deutlich erhöht. Weitere Truppen könnten folgen. Zudem sind an der Battlegroup in Lettland bereits jetzt sieben weitere NATO-Staaten beteiligt, die ihr Material und Personal aufstocken könnten.

Dauerpräsenz vs. Rotation

Neben der Frage des Umfangs der NATO-Kampfverbände im Baltikum ist auch eine Debatte über die Art der Stationierung entbrannt. Seit der russischen Invasion in der Ukraine mehren sich die Stimmen, die eine permanente Stationierung der NATO dort fordern. Bisher rotieren die Truppen für die dortigen Battlegroups samt Material alle sechs bis neun Monate aus ihrem jeweiligen Heimatland ins Baltikum. Die Struktur und der enorme logistische Aufwand entsprechen eher dem eines Auslandseinsatzes.

In der Öffentlichkeit wird diese Debatte in den USA wohl am deutlichsten geführt. Seit Jahresbeginn haben die US-Streitkräfte ihre Truppen in Europa von rund 60.000 auf gut 100.000 verstärkt. Eine nicht namentlich genannte Quelle aus der US-Administration ging Mitte Mai gegenüber [CNN](#) davon aus, dass diese Zahl zeitnah nicht wieder schrumpfen werde. Seine Vorstellungen, wie diese zusätzlichen Truppen in Europa künftig untergebracht werden sollen, legte der oberste US-Militär [General Marc Milley](#) während einer Anhörung des US-Kongresses im April 2022 dar. Milley geht davon aus, dass entlang der NATO-Ostflanke mehr permanente Basen mit entsprechender Infrastruktur errichtet werden. Die Soldat*innen sollen seiner Vorstellung nach

allerdings weiter im Rotationsverfahren dort eingesetzt werden.

Bisher hatte auch die Bundesregierung darauf gesetzt, die Truppen im Baltikum zu verstärken, sie aber weiterhin kontinuierlich im Rotationsverfahren auszutauschen. Das gemeinsame Statement von Scholz und dem litauischen Präsidenten Nausėda in Vilnius enthält allerdings Hinweise darauf, dass die Bundeswehr dauerhaft Ausrüstung in Litauen stationieren könnte. Darin heißt es, Litauen werde "Infrastruktur für die Bevorratung und Bereithaltung militärischen Materials" zur Verfügung stellen.

In eine ähnliche Richtung deutet auch ein Ankündigung der deutschen Rüstungsindustrie. Am 8. Juni, nur einen Tag nach den Besuch von Scholz, erklärten Rheinmetall und KMW in einer [Pressemitteilung](#) einen neuen Firmenstandort in Litauen errichten zu wollen, "um Gefechtsfahrzeuge der litauischen sowie weiterer im Baltikum stationierten NATO-Streitkräfte umfassend logistisch betreuen zu können."

Über Logistik weit hinaus birgt die Frage nach einer permanenten Stationierung allerdings Sprengkraft innerhalb der NATO und mit Blick auf die Reste der gemeinsamen Rüstungskontrolle mit Russland.

Aufrüstungsspirale mit nuklearer Komponente?

Ohnehin von beiden Seiten längst infrage gestellt, könnte die weitere Stationierung von NATO-Truppen nahe der russischen Grenze das endgültige Ende der NATO-Russland Grundakte von 1997 bedeuten. Diese hatte nicht nur den Weg für die erste Runde der NATO-Osterweiterung frei gemacht, sondern im Gegenzug auch Richtlinien für die Stationierung von Truppen in Osteuropa festgehalten. So wird in einer Formulierung erklärt, die NATO habe keine Absicht, dauerhafte "substantielle Kampftruppen" auf dem Gebiet des ehemaligen Warschauer Pakts zu stationieren.

Folgt man der aktuellen Debatte innerhalb der NATO, könnten diese Diskussionen bald ganz vom Tisch gefegt werden. Einige Mitgliedsstaaten, darunter auch Litauen, haben bereits verkündet, sich nach dem russischen Einmarsch in der Ukraine nicht mehr an die Grundakte gebunden zu fühlen. Diese Meinung hat auch NATO-Vize-Generalsekretär [Mircea Geoană](#) bei einem Besuch in Litauen öffentlich vertreten. Ob diese Interpretation, die von der bisherigen Linie der Bundesregierung abweicht, sich auf dem NATO-Gipfel Ende Juni in Madrid durchsetzen wird, ist noch offen.

Mit einer möglichen Aufkündigung der Grundakte würde sich die NATO allerdings nicht nur freie Hand bei der Stationierung von konventionellen Truppen in Osteuropa verschaffen. Auch die Zusage der NATO, keine Atomwaffen auf dem Territorium der neuen Mitgliedsstaaten zu stationieren, wäre damit hinfällig. Ein Ende der NATO-Russland Grundakte könnte daher der Beginn eines neuen nuklearen Wettrüstens in Europa bedeuten. Wenig Hoffnung in dieser Hinsicht macht auch, dass die US-Streitkräfte bereits im Dezember 2021 das [56. Artilleriekommando](#) in Deutschland reaktiviert haben, dem bis zum Ende des Kalten Krieges die US-Mittelstreckenraketen des Typ Pershing 2 unterstellt war.



ANTIMILITARISMUS BRAUCHT ANALYSEN, IMI BRAUCHT EUCH!

Dieser Wegweiser zeigte 2017 am Tag der Bundeswehr in Dornstadt in die Richtungen der zahlreichen, aktuellen Auslandseinsätze der Bundeswehr.

Die Informationsstelle Militarisation (IMI) versucht mit all den Einsätzen sowie den Militarisierungsprozessen im Inneren, Migrationsbekämpfung, militärischen Landschaften, Rekrutierungsmaßnahmen, Rüstungshaushalten und vielen weiteren Themen Schritt zu halten.

Um dazu fähig zu sein und das erstellte Material grundsätzlich online kostenlos zur Verfügung stellen und in Printform zum Selbstkostenpreis abgeben zu können, sind wir auf Spenden und Mitgliedschaften angewiesen, die steuerlich absetzbar sind.

Daher bitten wir alle, die sich finanziell dazu in der Lage sehen, uns für das kommende Jahr mit einer Spende zu unterstützen oder auch Menschen im Bekanntenkreis über eine mögliche IMI-Mitgliedschaft zu informieren.

IMI-Spendenkonto Kreissparkasse Tübingen:
IBAN: DE64 6415 0020 0001 6628 32
BIC: SOLADES1TUB

Mitgliedsformulare finden sich hier:
www.imi-online.de/mitglied-werden

JEDE FORM DER UNTERSTÜTZUNG IST SEHR WILLKOMMEN!

Information

Die Informationsstelle Militarisation (IMI) ist ein eingetragener und als gemeinnützig anerkannter Verein. Ihre Arbeit trägt sich durch Spenden und Mitglieds-, bzw. Förderbeiträge, die es uns ermöglichen, unsere Publikationen kostenlos im Internet zur Verfügung zu stellen. Wenn Sie Interesse an der Arbeit der Informationsstelle oder Fragen zum Verein haben, nehmen Sie bitte Kontakt zu uns auf. Nähere Informationen wie auch Sie IMI unterstützen können, erfahren Sie auf unserer Homepage (www.imi-online.de), per Brief, Mail oder Telefon in unserem Büro in Tübingen.

Spenden an IMI sind steuerabzugsfähig.

Unsere Spendenkontonummer bei der Kreissparkasse Tübingen ist:
IBAN: DE64 6415 0020 0001 6628 32 BIC: SOLADES1TUB

Adresse:

**Informationsstelle
Militarisierung (IMI) e.V.**
Hechingerstr. 203
72072 Tübingen

Telefon: 07071/49154
Fax: 07071/49159
e-mail: imi@imi-online.de
web: www.imi-online.de

Der hier abgedruckte Text spiegelt nicht notwendigerweise die Meinung der Informationsstelle Militarisation (IMI) e.V. wieder.

